Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

193 (26.4.1918) Mittagblatt

Visual Library

Nr. 193 — Karlsruhe, Freitag, den 26. April 1918 — 56. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.25; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.10) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 4.70 ohne Bestellgeld; für Oesterreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postanstalten; übriges Ausland Mk. 12.—

Fernsprecher Nr. 535

Badischer Beobachter

Mittagblatt

Anzeigenpreis: Die achtsp. Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, je mit 20% Teuerungszuschlag. Bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Aufträge vermitteln alle Ann.-Expeditionen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. ½8 Uhr bzw. nachm. ½3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Die Treibereien gegen Herrn von Kühlmann.

Berlin, 25. April 1918.

Man schreibt uns:

Wie wir bereits gemeldet haben, hat der Herr Reichskanzler gegen die alldeutsche Deutsche Zeitung in Berlin wegen beleidigender Angriffe auf den Staatssekretär Herrn von Kühlmann Strafantrag gestellt. In der Tat haben die von dieser Seite in den letzten Tagen gegen Herrn von Kühlmann gerichteten Umtriebe einen Umfang angenommen, der eine Zielsetzung auch aus öffentlichem Interesse geboten erscheinen ließ. Die Angriffe der Deutschen Zeitung gegen die Politik des Herrn von Kühlmann hätte man sich, wenn auch ihre Maßlosigkeit offen zutage lag, noch gefallen lassen können, nun aber ist man von dieser Seite, da der brennende Wunsch, Herrn von Kühlmann zu stürzen, nicht erfüllt worden ist, zu den ungeheuerlichsten persönlichen Angriffen gegen den Staatssekretär übergegangen. Man sprach zunächst in dunklen Andeutungen von Herrn von Kühlmanns Privatleben bei seinem Aufenthalte in Bukarest, welcher der Würde der Stellung des Staatssekretärs nicht entsprochen habe, und zuletzt ging das genannte Blatt soweit, zu behaupten, daß es in seinen Angriffen auf Tatsachen fuße, „die bezeugt sind, also jeden Augenblick bewiesen werden können". Es wurde natürlich von jenen Kreisen auch dafür gesorgt, daß das Gerede in ganz Deutschland herumgetragen wurde. Der Strafantrag des Reichskanzlers wird nun der Deutschen Zeitung Gelegenheit geben, ihre Behauptungen zu beweisen.

Der Kampf gegen Herrn von Kühlmann wird unterirdisch immer weiter fortgesetzt. Man hält ihn von bestimmten Seiten nach Czernins Abgang für ebenfalls reif zum Abgange. Man kann ihm eigentlich garnichts anderes vorwerfen, als daß er darum bemüht ist, die Interessen von Staat und Volk in Einklang mit den Forderungen des Tages zu bringen, dabei aber auch die Zukunftsentwicklung des Reiches nicht außer acht zu lassen. Man kann über manche politischen Maßnahmen des Staatssekretärs verschiedener Meinung sein, man wird ihm aber nie die Anerkennung dafür versagen dürfen, daß er mit allen Mitteln sich bestrebte, dem deutschen Volke zu einem guten Abschlusse des Kampfes zu verhelfen. Wenn ihm gerade von alldeutscher Seite vorgeworfen wird, er habe im Friedensschluß mit Rumänien die deutschen Interessen nicht genügend gewahrt, so glauben wir sagen zu dürfen, daß die demnächst erfolgende Bekanntgabe der für Deutschland in den Abmachungen mit Rumänien erreichten wirtschaftlichen Vorteile namentlich in der sehr wichtigen Erdöl-Frage ein ganz anderes Bild zeigen werden. Es sind aber immer wieder dieselben Kreise, die auf Krisenstimmung zutreiben. Ihnen ist noch nicht das Verständnis dafür aufgegangen, daß das höchste Gebot der Stunde, Geschlossenheit nicht nur nach außen, sondern auch nach innen ist.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 25. April, abends. (W.T.B. Amtlich.) Die Armee des Generals Sixt von Armin steht im Kampf um den Kemmel.

Die Kriegslage im Westen.

Keine Verschiebungen österreichisch-ungarischer Truppen nach dem Westen.

Berlin, 25. April. (Privattelegramm.) Die Gerüchte, daß Verschiebungen der österreichisch-ungarischen Truppen nach dem Westen stattfinden, sind, wie aus zuverlässiger Quelle bemerkt wird, vollständig aus der Luft gegriffen.

Die geringe englische Widerstandskraft.

Berlin, 25. April. (W.T.B.) Nach übereinstimmenden Aussagen gefangener französischer Offiziere ist man in Frankreich und besonders in militärischen Kreisen auf das höchste aufgebracht über die geringe Widerstandskraft, die die Engländer gegenüber dem deutschen Ansturm bewiesen und über ihre versagende Führung. Hätten die Engländer jetzt nicht in die Unterstellung der englischen Front unter französischen Oberbefehl gewilligt, so hätte die Weigerung mit Sicherheit zum Bruch geführt. Ohne ganz zwingende Gründe hätte der englische Nationalstolz diese Konzession gewiß nicht gemacht.

*

Berlin, 26. April. Laut Berl. Tageblatt meldet der Londoner Evening Standard unter dem 22. April: Die Deutschen machten in den heutigen Kämpfen Fortschritte in der Richtung auf Amiens.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 25. April. (W.T.B.) Amtlich wird verlautbart:

Am oberen Devole in Albanien schlugen wir in den letzten Tagen französische Vorstöße zurück. Im Südwesten nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

Der gescheiterte englische Angriff auf Ostende und Zeebrügge.

Brügge, 24. April. (W.T.B.) Von einem Augenzeugen wird uns zu dem englischen Flottenangriff auf Ostende und Zeebrügge noch gemeldet:

Am frühen Morgen des 23. April sollte der englische Flottenangriff auf Ostende und Zeebrügge die dortigen Hafenanlagen zerstören und die Hafenausfahrt durch Versenkung von Sperrschiffen blokkieren. Die Nacht vom 22. bis 23. April war diesig und unsichtig. Ein feiner Regen fällt. Um Mitternacht schwirrt es über Ostende und Zeebrügge. Abwehrfeuer, Bomben krachen. Ein neuer Ton: der langgezogene der 38er der englischen Monitore. Die deutschen Küstenbatterien nehmen das Feuer auf. Aber das offene Meer verschwindet vor einem dichten Schleier. Das machen die Nebelapparate feindlicher Schiffe. Mit einem Male zittert der mächtige Quaderbau der Mole unter furchtbaren Schlägen. Ein mit Explosivstoff gefülltes englisches Unterseeboot ist gegen die Mole gefahren. Ein Teil der Gitterbrücke, die die eigentliche Mole mit dem Festland verbindet, fliegt in die Luft. Für den Augenblick ist jede Verbindung mit dem Lande abgebrochen. Vergeblich steigen Luftraketen und werfen Morseapparate ihre Lichtbündel. Der Nebel ist dicht. Die Wache steht in fieberhafter Erwartung hinter der meterdicken Brüstung der Molemauer. Da taucht, wie ein Gespensterschiff der englische Kreuzer aus dem Nebel auf. Schon ist er an der Mole im toten Winkel. Die Maschinengewehre rattern und die kleinen Maschinenkanonen spucken prasselnd Geschoß auf Geschoß auf das Deck des feindlichen Kreuzers, der schwarz ist von Mnschen. Aber von den 400 Royal mariners weiß jeder einzelne, daß es gilt zu siegen oder zu sterben.

Unter dem tosenden Hämmern der Maschinengewehre werden Leitern und Laufstege gegen die Molenwand geworfen. Die Verwegensten klettern hinauf. Die Kompagnieführer an der Spitze. Von vieren bleiben drei tot auf der Mole. Ein wilder Kampf in Dun- und Nebel um die zitternden Mauern. Ein Kampf mit Bajonett, Messer, Faust und Zähnen. Von 40 Engländern, die die Mole erstiegen, kommt keiner lebend zurück. Das Deck des Kreuzers „Arimont" im Blut. Die Engländer werfen wieder ab. Der Versuch, die Seefliegerstation und andere Einrichtungen der Mole durch handstreichartigen Ueberfall zu zerstören, ist gescheitert. Mit qualmenden Nebelapparaten versuchen drei feindliche Kreuzer den Molenkopf zu passieren. Da bricht das Feuer der Molenkopfbatterie aus den Rohren. Treffer in den Schornsteinen, in den Kommandobrücken, im Rumpf. Auch die Küstenbatterien greifen ein, die erst jetzt ihr Ziel im Dunst erkennen können. Die englischen Schiffe beginnen zu sinken. Zwar haben sie noch Fahrt, aber sie genügt nicht mehr, um ihr Ziel, die Kanalschleuse, zu erreichen und zu sperren. Ein Zerstörer, der die Besatzungen von den Motorbooten aufnehmen will, sinkt im deutschen Geschützfeuer. Von den Besatzungen entkommt kaum einer.

Noch größer aber war der Mißerfolg bei Ostende. Die englischen Sperrschiffe kamen überhaupt nicht an die Hafeneinfahrt heran. Kaum gesichtet, sinken sie im Feuer der deutschen Küstenbatterien. Zwei Zerstörer, die sich Wenduyne zu nähern versuchten, wurden gleichfalls vernichtet. Am Morgen des 23. April sahen die aufklärenden deutschen Flieger vor der Küste sieben treibende Kutter, Wrakteile und Leichen. Fünf Lebende und einen Toten können die deutschen Torpedoboote noch bergen. Die gesprengte Molenbrücke war rasch wieder hergestellt. Ein einziges deutsches Torpedoboot ist unbedeutend beschädigt, seine Gefechtskraft ist nicht beeinträchtigt. In Ostende sind einige Häuser beschädigt und zehn Belgier getötet. Die Engländer haben vier kleine Kreuzer, drei Zerstörer und mehrere Motorschnellboote eingebüßt. Noch schwerer aber wiegt der Verlust der zahlreichen Toten der Tapfersten der Tapferen. Der englische Funkspruch vom 24. April meint, daß die Einfahrt zum Brüggerkanal möglicherweise wirksam blockiert sei. Sollten Optimisten im vereinigten Königreich darauf Hoffnung bauen, so wird der unveränderte Fortgang des deutschen Unterseebootkrieges sie bald belehren, daß England Schiffe und Menschenleben vergeblich geopfert hat.

Deutsche Feststellungen gegenüber englischen Flunkereien.

Berlin, 25. April. (W.T.B. Amtlich) Nach Meldungen des Reuterschen Büros sollen nach England zurückgekehrte Leute der gegen Zeebrügge angesetzt gewesenen Angriffsgeschwader ausgesagt haben, daß alle Geschütze, Schuppen und Munitionsvorräte auf den Hafendämmen zerstört und die Schleusentore in die Luft gesprengt sein sollen. Diese Behauptungen sind unrichtig und bis zum Ende frei erfunden. Außer einiger geringfügiger, bereits ausgebesserter Zerstörungen an der Molenverbindung haben die Engländer durch ihre Unternehmung nicht das Mindeste erreicht. Es ist nicht eine einzige der auf der Mole befindlichen Einrichtungen auch nur in Mitleidenschaft gezogen. Bis auf die bereits gemeldet leichten Beschädigungen eines Torpedobootes sind auch keinerlei Zerstörungen an irgend einem U-Boote, Torpedoboot oder sonstigem Fahrzeug erreicht worden. Auch an die Schleusen ist der Feind weder mit Sprengung noch mit Geschützfeuer herangekommen. Die gesamten Hafeneinrichtungen Zeebrügges sind vielmehr unversehrt und völlig betriebsfähig. Nach Gefangenenaussagen hat der Feind das gleiche Unternehmen bereits viermal durchzuführen versucht. Infolge der Wachsamkeit unserer Vorpostenboote und unserer Batterien ist er aber jedesmal zur Umkehr gezwungen worden. Wenn es ihm diesmal gelang, an die Angriffsziele näher heranzukommen, so verdankt es dieses dem Zusammentreffen für ihn besonders günstiger Umstände. Hierbei spielt das neblige Wetter und die Windrichtung eine entschiedene Rolle. Letztere führte den in größerem Umfange verwendeten künstlichen Nebel vor dem Angreifer her und unmittelbar auf die Angriffsziele zu. Unsere Abwehrmittel konnten daher erst in Tätigkeit treten, als der Kreuzer „Vindictive" auf nächste Entfernung in Sicht kam. Ihre Wirkung setzte dann mit solcher Wucht ein, daß es dem Kreuzer bei aller Anerkennung des von seiner Führung geleisteten seemännischen Geschickes nicht gelang, die für die Unternehmung bestimmten vier Kompagnien Seesoldaten zu landen. Die wenigen Leute, denen es unter Führung ihrer Offiziere möglich war, auf der Mole Fuß zu fassen, wurden von der tapferen Verteidigung niedergemacht oder ins Wasser geworfen. Bis auf etwa 12 Mann und einen Hauptmann, die sich als Gefangene in unserer Hand befinden. Mit ihnen fielen zwei Flammenwerfer, zwei Maschinengewehre und sonstige Nahkampfmittel in unsere Hand. Der Kreuzer „Vindictive" mußte unter dem vernichtenden Feuer vielmehr wieder von der Mole ablegen. Die zur Sprengung der Kanaleinfahrt bestimmten Kreuzer wurden gleichfalls beim Heraustreten aus dem Nebel unter vernichtendes Feuer genommen. Es gelang daher, sie zum Sinken zu bringen, bevor sie die für die Sprengung angestrebten Plätze erreicht hatten. Die von den Engländern mit schweren Personal- und Materialopfern eingesetzten Mittel haben demnach in keiner Weise den Zweck erzielt, den der Feind erhofft hatte. Insbesondere ist die Absicht, die Einfahrt zu unserem U-Bootsstützpunkt zu sperren, vereitelt worden. Reuter mag mit Recht die Unternehmungslust und die Tapferkeit der an dem Unternehmen beteiligten Engländer loben, uns vermag er aber die Genugtuung darüber nicht zu nehmen, daß dank der Tapferkeit unserer Verteidiger der Gegner sein Ziel nicht erreicht hat.

Der Kaiser auf dem Schauplatze des englischen Handstreiches von Zeebrügge.

Zeebrügge, am 23. April 1918.

Am frühen Morgen hatte der Kaiser die ersten Nachrichten von dem im Laufe der Nacht erfolgten Handstreich der Engländer auf die Mole und den Kanal von Zeebrügge erhalten. Sein Entschluß, den Schauplatz des kühn angelegten und glänzend abgeschlagenen Angriffes aufzusuchen, war sofort gefaßt. Schon in früher Vormittagsstunde traf er in Zeebrügge ein, wo der Kommandierende des Marinekorps, Admiral von Schroeder, ihn erwartete und zunächst vor der Karte eine Darstellung der Kampfhandlung gab. Der Vortrag hatte reichlich viel Schrapnell- und Maschinengewehrfeuer als Begleittöne, denn die englischen Flieger versuchten immer wieder im Schutze des dunstigen Wetters heranzukommen, um die Ergebnisse des nächtlichen Ueberfalles zu erkunden. Nach dem Vortrage begab sich der Kaiser auf die Mole, wo er sich davon überzeugte, daß der durch die Sprengung der Eisenbrücke verursachte Schaden seine vorläufige Behebung schon gefunden hat und daß eine endgültige Ueberbrückung der Lücke in wenigen Tagen erfolgt sein kann. Ebenso überzeugte er sich von dem vollkommen guten Zustande aller unserer Anlagen und Einrichtungen auf dem äußeren, dem Angriffe als Ziel gesteckten Molenteile. Hierauf begab er sich zu der Kanalschleuse und zum Kanaleinlasse, in dem die beiden versenkten, mit Zement beladenen Kreuzer liegen und ließ sich hier vor dem Gelände des nächtlichen Kampfes noch einmal den genauen Hergang von mehreren an dem Kampfe beteiligten Offizieren darstellen. Als der gefangene englische Marine-Infanterie-Hauptmann eben vorübergeführt wurde, ließ der Kaiser ihn zu sich kommen, um auch die Darstellung des Kampfes von dieser gegnerischen Seite zu hören. Der Hauptmann gab zu, daß die Vernichtung unserer Einrichtungen auf der Mole und die Abklemmung unserer U-Boote von den Ausfallstellen in Zeebrügge und Ostende das Ziel des lange vorbereiteten und mit großen Mitteln ausgeführten Unternehmens waren. Der Ueberfall wäre bereits viermal angesetzt und eingeleitet gewesen, jedoch jedesmal an der Wachsamkeit unserer Vorpostenboote gescheitert. Erst in dieser hingegangenen Nacht hätten die dichten Nebel „den Rzed" ermöglicht, leider ohne daß ihm der erstrebte Erfolg beschieden gewesen wäre. Der Kaiser zeichnete darauf mehrere, im Laufe des Krieges besonders rühmlich hervorgetretene Offiziere, darunter die Marineflieger Christiansen und Killinger, durch Ansprachen aus. (W.T.B.)

*

London, 25. April. (W.T.B.) Reuter. In Anerkennung seiner Leistungen bei der Leitung der Unternehmung gegen Zeebrügge und Ostende am 23. April ernannte der König den Vizeadmiral Keyes zum Ritter des Bath-Ordens, der Kommandant Carpender, der die „Vindictive" befehligte, wurde zum Kapitän befördert.

Bern, 24. April. (W.T.B.) Nach französischen Blättermeldungen ist der französische Dampfer „Mare" (4000 Tonnen) von einem deutschen U-Boot versenkt worden.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Die Vergewaltigung der Neutralen.

Berlin, 26. April. Die Aussichten für das Zustandekommen des norwegisch-amerikanischen Wirtschaftsabkommens sind unsicher. Verschiedene Morgenblätter wollen wissen, daß Amerika Bedingungen gestellt hat, die für einen souveränen Staat unannehmbar seien.

Vermehrte Anbaufläche in England.

London, 25. April. (W.T.B.) Meldung des Reuterschen Büros. Der Präsident des Landwirtschaftsamtes Prothero sagte in einer Versammlung der Landwirte in Oxford, daß er infolge der Vermehrung der Anbaufläche das Vertrauen habe, daß das Land von der Gefahr der Aushungerung durch den U-Bootkrieg bewahrt werde.

Es eilt nicht.

Washington, 24. April. (W.T.B.) Reuter. Nach einer Besprechung des Präsidenten Wilson gab der Senator King bekannt, er würde zur Zeit seinen Antrag auf Kriegserklärung an Bulgarien und die Türkei, der gegenwärtig im Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten vorliegt, nicht dringlich machen.

Zur Lage im Osten.

Marghiloman über die Zukunft Rumäniens.

Berlin, 24. April. (W.T.B.) Der rumänische Ministerpräsident Marghiloman hatte mit dem Bukarester Berichterstatter der Vossischen Zeitung eine Unterredung, in der er u. a. sagte, es sei kein leeres Gerede, wenn in der rumänischen Presse von einer völligen Abkehr des weitaus überwiegenden Teiles der Bevölkerung von der Politik Bratianus gesprochen werde. Auch der Umstand, daß die Forderung, Bratianu in den Anklagezustand zu versetzen, immer lauter erhoben werde, spreche für einen Meinungsumschwung. „Die Verhältnisse," fuhr Marghiloman fort, „werden in Zukunft in Rumänien eben ganz andere sein." Er habe vor der Uebernahme seines Amtes drei Bedingungen gestellt und bewilligt erhalten, die erste: sofortige Auflösung der Kammer nach Friedensschluß, die zweite, daß ein neuer, unabhängiger, politisch intakter Beamtenkörper geschaffen werde müsse, der keinen Raum mehr bietet für politische Privatinteressen und Korruption, die dritte, daß ich u. a., falls Bratianu von der neuen Kammer in den Anklagezustand versetzt werden sollte, von der Krone keinen Widerstand zu erwarten hätte. Wir können Bratianu nicht einfach ausweisen. Bratianu weiß, was er zu erwarten hat. Will er freiwillig das Land verlassen, so steht dem nichts im Wege. Bleibt er hier, so wird er alle Konsequenzen auf sich nehmen müssen. Im übrigen aber tut man gut, den künftigen Einfluß Bratianus nicht zu unterschätzen. Sie haben sonst im Osten Frieden mit Staatsgebilden, die noch durchaus unfertig sind. In Rumänien haben Sie Frieden mit einem konstitutionellen Staat, der für die Durchführung der Friedensbedingungen ganz andere Unterlagen bietet. Unter diesen Umständen muß auch der Friedensschluß mit Rumänien einen ganz anderen Eindruck in den Kreisen der Entente machen als der mit den Oststaaten abgeschlossene. Bemerken Sie in Rumänien etwas von einer deutschfeindlichen Stimmung? Haben Sie in den 1½ Jahren der Besetzung gehört, daß ein deutscher Soldat von einem Rumänen getötet oder auch nur gekränkt wurde? Das rumänische Volk hat eingesehen, was es von seiner Ententepolitik gehabt hat. Rumänien sehnt sich nach dem Frieden. Es wird sich den neuen Verhältnissen leichter anpassen, als man denkt. Aus dem Kriege wird ein neues Rumänien hervorgehen, hervorgehen müssen. In die allgemeine Neuordnung wird auch Rumänien sich einpassen, das, nachdem Rußland als Großmacht nicht mehr mitzählt, von selbst auf den engen Anschluß an die Mittelmächte angewiesen ist.

Beisetzung der in Finnland gefallenen Schweden.

Stockholm, 24. April. (W.T.B.) In Stockholm wurden heute die Särge der in Finnland gefallenen Schweden in der Großen Kirche beigesetzt. An den Feierlichkeiten nahmen außer dem König, der Königin und anderen Mitgliedern des königlichen Hauses eine große Anzahl von Offizieren, sowie eine gewaltige Menschenmenge teil. Die ganze Stadt hatte Halbmast geflaggt. Die Zeitungen feiern die Gefallenen in begeisterten Artikeln. Auch in Gotenburg und anderen Städten Schwedens finden anläßlich der Beisetzung Feierlichkeiten statt. Eine von Jungsozialisten versuchte Demonstration mißglückte infolge von Mangel an Beteiligung.

Bessarabien und Rumänien.

London, 25. April. Reuter erfährt aus maßgebender rumänischer Quelle, daß die Auffassung, Rumänien habe Bessarabien als Ausgleich für die harten Friedensbedingungen erhalten, vollkommen falsch ist. Die Vereinigung von Bessarabien mit Rumänien wurde durch das bessarabische Volk durch einen Akt der Selbstbestimmung beschlossen und hat nichts zu tun mit den Friedensbedingungen, ist viel eher eine Zurückerstattung an Rumänien nach geschichtlichem, sozialem und ethischem Recht. Die Vereinigung von Bessarabien mit Rumänien entspricht dem Wunsch des bessarabischen Volkes und stellt in Uebereinstimmung mit allen Grundsätzen der Selbstbestimmung, wie Wilson sie verkündet hat. Sie ist in keiner Weise ein deutscher Ausgleich.

Die Arbeitskammern.

Berlin, 24. April. Neben dem Gesetzentwurf über die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung ist nunmehr auch das Arbeitskammergesetz dem Reichstage zugegangen.

Der Gesetzentwurf umfaßt 53 Paragraphen. § 1 des Entwurfs stellt die Arbeitskammer auf fachliche Grundlage. Die von den Gewerkschaften gewünschte territoriale Grundlage ist also nicht verwirklicht. Der Paragraph lautet: „Für die Arbeitgeber und die Arbeiter eines Gewerbezweiges oder mehrerer verwandter Gewerbezweige sind, soweit nach dem Stand der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, auf fachlicher Grundlage Arbeitskammern zu errichten. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig." Die folgenden Paragraphen legen den Zweck der Arbeitskammern dar. Nach § 2 sind die Arbeitskammern berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Nach § 3 gehört insbesondere zu ihren Aufgaben ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern, sowie die Staats- und Gemeindebehörden durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen, beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken, nichtgewerbsmäßige Arbeitsnachweise zu fördern, bei der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte mitzuwirken und anderes mehr. Die Arbeitskammern können Umfragen über die Arbeitsverhältnisse und sozialen Einrichtungen veranstalten und innerhalb ihres Wirkungskreises Anträge an Behörden und gesetzgebende Körperschaften richten. Als Arbeiter im Sinne des Gesetzes gelten gemäß § 6 gewerbliche Arbeiter (Titel 7 der Gewerbeordnung). Für Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, für Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge und für deren Arbeitgeber werden Angestelltenkammern durch Reichsgesetz errichtet, jedoch gelten auch als Arbeiter und Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes die Arbeiter und Arbeitgeber der Eisenbahnunternehmungen, ferner auch die Arbeiter und Arbeitgeber derjenigen Betriebe des Reiches, eines Bundesstaates, einer Gemeinde und eines Kommunalverbandes, die als gewerbliche Betriebe im Sinne der Gewerbeordnung angesehen werden, wenn sie mit der Absicht auf Gewinnerzielung geführt werden.

Nach § 8 werden die Arbeitskammern durch Beschluß des Bundesrats errichtet. Vor der Errichtung sind die Berufsvereine der Arbeiter und Arbeitgeber aus den beteiligten Gewerbezweigen gutachtlich zu hören. Die Mitglieder der Arbeitskammern und der Abteilungen sowie ihre Stellvertreter müssen nach § 11 zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitern entnommen werden. Die Vertreter der Arbeitgeber werden durch Wahl der Arbeitgeber, die Vertreter der Arbeiter durch Wahl der Arbeiter bestellt. Die Mitgliederzahl einer Arbeitskammer, die nicht unter 20 betragen soll, wird durch Verfügung der Aufsichtsbehörde bestimmt. Die Mitglieder und die Stellvertreter erhalten Vergütung der Fahrkosten und Tagegelder. Die für den gleichen Gewerbebezirk gebildeten Arbeitskammern sind nach § 12 befugt, mit einander in Verbindung zu treten und gemeinschaftlich Arbeitsämter zu errichten. Nach § 13 können bei den Verkehrsanstalten des Reiches und der Bundesstaaten durch Beschluß des Bundesrats Arbeiterausschüsse zu Arbeitskammern erklärt werden, wenn sie gewissen Mindestforderungen entsprechen.

Die §§ 14 bis 17 handeln von der Wahlberechtigung und Wählbarkeit. Wahlberechtigt sind Deutsche beiderlei Geschlechts (also auch Frauen), die das 21. Lebensjahr vollendet haben, im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind und dem betreffenden Gewerbezweig angehören. Für die Arbeitgeber wird das Stimmrecht unter Berücksichtigung der Zahl der beschäftigten Arbeiter abgestuft. Wählbar sind diejenigen Wahlberechtigten, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem Jahr dem betreffenden Gewerbezweig angehören und in dem der Wahl vorausgegangenen Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen haben. Wählbar sind aber auch solche Personen, die mindestens drei Jahre hindurch dem Gewerbezweige, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, als Arbeitgeber oder Arbeiter angehört haben und seit mindestens einem Jahre im Bezirk der zuständigen Arbeitskammer wohnen, aber zur Zeit der Wahl nicht mehr beruflich tätig sind. Damit ist die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre zugestanden und eine weitere wichtige Forderung der Arbeiterschaft erfüllt. Als Arbeitgeber sind auch solche Personen wählbar, die mindestens ein Jahr als Vorsitzender oder Beamte beruflicher Vereine der Arbeitgeber in den entsprechenden Gewerbezweigen tätig sind. Doch darf die Zahl der Arbeitersekretäre und Unternehmersyndizi nicht mehr als je ein Viertel der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter betragen.

Die weiteren Teile des Entwurfes haben weniger öffentliches Interesse. Die §§ 18 bis 22 regeln Wahlverfahren und Wahlzeit, die §§ 23 bis 27 den Kostenaufwand, die §§ 28 bis 41 die Geschäftsführung. Die Arbeitervertreter haben gemäß § 30, so oft sie zur Wahrnehmung ihrer Obliegenheiten berufen werden, ihre Arbeitgeber hiervon in Kenntnis zu setzen. Ist diese Mitteilung erfolgt, so ist die Wahrnehmung jener Obliegenheiten nicht als ein Grund anzusehen, der zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtige. Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, jedoch müssen an der Beschlußfassung gemäß § 38 Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl mitwirken. Sind auf der einen Seite weniger Vertreter erschienen als auf der anderen, so scheidet auf dieser Stelle die erforderliche Zahl von Mitgliedern mit den im Lebensalter jüngsten beginnend aus.

Die §§ 42 bis 48 behandeln das Einigungswesen. Die Arbeitskammern haben für ihren Bezirk ein Einigungsamt zu errichten. Auf das Verfahren vor den Einigungsämtern finden die entsprechenden Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes in etwas abgeänderter Fassung Anwendung. Die Arbeitskammern und die von ihnen gebildeten Einigungsämter unterliegen nach § 49 der Aufsicht derjenigen höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk sie ihren Wohnsitz haben.

Theater und Musik.

Großh. Hoftheater. Die Aufführung von „Faust 1. Teil" am Sonntag, den 28. April, findet in folgender Besetzung statt: Bürkner: Faust, Linke: Margarete, Frauendorfer: Marte, Lützohann: Valentin.

Hochschulen.

.:. **Freiburg**, 25. April. Die medizinische Fakultät der Universität Freiburg hat dem Referenten für Hochschulwesen im Kultusministerium, Geh. Rat Viktor Schwoerer, die medizinische Ehrendoktorwürde verliehen. Geh. Rat Schwoerer hat sich besondere Verdienste erworben, indem er ermöglichte, daß, nachdem vor Jahresfrist ein Fliegerangriff das Anatomiegebäude größtenteils zerstört hatte, schon zu Beginn des Winterhalbjahres neue Einrichtungen geschaffen wurden, die eine sehr befriedigende Durchführung des anatomischen Unterrichts ermöglichten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 25. April 1918.

Am Bundesratstisch: Graf Roedern.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1.25 Uhr.

Vom Präsidenten des ungarischen Magnatenhauses ist ein Glückwunschtelegramm zu den Siegen im Westen eingegangen.

Die Erste Lesung der Steuervorlagen wird mit der Besprechung der Getränkesteuer fortgesetzt.

Staatssekretär Graf Roedern: Die Getränkesteuer soll 1240 Millionen Mark mehr einbringen als bisher. Das würde in Zukunft einen Gesamtertrag von ungefähr 1600 Millionen Mark ergeben. Ich würde mich aufrichtig freuen, wenn in Zukunft die Getränkesteuer ein Viertel der gesamten Reichssteuern darstellen würden. Der Vorwurf, ich hätte meine Berechnungen über die direkten und indirekten Steuern durch Einbeziehung des Wehrbeitrages falsch aufgestellt, ist irrig. Tatsächlich belastet auch der Wehrbeitrag die Kriegszeit. Würden auch die indirekten Steuern vor dem Kriege in die Rechnung einbezogen, so würde das Verhältnis sich nicht wesentlich verschärfen. Durch Matrikularbeiträge können die Kriegskosten nicht aufgebracht werden, da der Reichskanzler nur ermächtigt ist, diese in budgetmäßiger Höhe zu erheben, also ein Budget vorangegangen sein muß. Auch der Vorwurf trifft nicht zu, daß ich innerlich nicht mit der Tendenz der Vorlagen einverstanden wäre. Dann wäre ich nicht für die Vertretung der Vorlagen zu haben gewesen. Was die Biersteuer betrifft, so hat die bisherige Malzsteuer erschreckend geringe Beträge gebracht, weil jetzt nur noch sehr wenig Malz verarbeitet wird. Daher schien uns der Zeitpunkt gekommen zu sein, zur Form der Fabrikatsteuer überzugehen. Die Steuer sieht eine Staffelung für kleine und mittlere Brauereien vor. Das Branntweinmonopol, das den größten Teil der Beträge einbringen soll, ist im wesentlichen eine Verstaatlichung der Spirituszentrale. Die Angestellten und Arbeiter werden angemessen entschädigt werden. Die Leiter der Spirituszentralen sollen eine verantwortliche Stellung in Zukunft nicht erhalten. Mit der Weinsteuer sind die Weinbauern grundsätzlich einverstanden. Anstelle der Faß- oder Flaschenbanderolensteuer wird die buchmäßig kontrollierbare Wertsteuer vorgeschlagen. Die Mineralwasser- und Limonadensteuer rechtfertigt sich mit der ungeheuren Preistreiberei auf diesem Gebiete. Sie dürfte nicht allzu belastend wirken. Eine Kaffee-, Tee- und Kakaosteuer wäre nach dem Kriege doch nicht zu umgehen. Deshalb schien es praktisch, sie gleich mit in die Vorlage einzuarbeiten. Das ist auch günstig für die kommenden Handelsverträge. Ich empfehle die Vorlagen wohlwollender Prüfung.

Herold (Ztr.): Bei der Biersteuer ist die Staffelung für mittlere und kleine Brauereien zu begrüßen. Die Weinsteuer ist nicht mehr zu umgehen und vorbehaltlich genauer Prüfung wird man sagen können, daß eine 20proz. Wertsteuer auf Wein zu ertragen sein wird. Die Kaffee-, Tee- und Kakaosteuer wird von der Bevölkerung ungern getragen werden. Nach einer großen Versteuerung wird der Konsum erheblich eingeschränkt. Bedenklicher als die Uebernahme des Branntweins in Monopolverwaltung erscheint die Schädigung vieler Betriebe, die den Spiritus zu Trinkbranntwein verarbeiten. Sie werden geradezu vernichtet. Eine Entschädigung ist nötig. Durch eine Vermögensabgabe von 25 Prozent, wie sie Abg. Bernstein vorschlägt, würde sich unser Kapitalmarkt ungesund verschieben. Der Realbesitz würde nicht in der Lage sein, diese Abgabe zu leisten. Ich beantrage Verweisung der Vorlagen an eine Kommission von 24 Mitgliedern und der für das Branntweinmonopol an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern.

Müller-Reichenbach (Soz.): Abgesehen von Wasser, ist alles erfaßt. Kaffeesurogate und deutscher Tee dürften nicht zu belasten sein. Hand in Hand mit der Versteuerung von Bier und Wein geht ihre Verschlechterung. Die Preissteigerung für Wein ist nur dadurch zu erklären, daß die Kriegsgewinne sicher angelegt werden sollen. Im Westen ist der Wein Gegenstand des täglichen Bedarfs und nicht nur ein Getränk der besitzenden Klassen. Grundsätzlich sind wir nicht gegen eine Weinsteuer, namentlich für Luxusweine. Die Kommission muß da differenzieren. Obstwein darf auch nicht gleichwertig mit dem Beerenwein belastet werden. Vielleicht läßt sich wenigstens die Limonadensteuer durch eine andere ersetzen. Das Branntweinmonopol, das nicht das letzte Reichsmonopol sein wird, bedeutet nichts als die schlimmste Privilegienwirtschaft für die landwirtschaftlichen Brenner. In der Kommission muß angestrebt werden, den notwendigen sozialen Einschlag hineinzubringen.

Blunk (F. Vp.): Die Monopolfrage darf nicht einseitig vom agrarischen Standpunkt betrachtet werden. Eine Rückwälzung der Weinsteuer auf die Winzer wäre deren Ruin und muß unter allen Umständen verhindert werden. Bei der Biersteuer sind wir mit dem Uebergang zur Fabrikatssteuer grundsätzlich einverstanden. Dagegen haben wir gegen die Höhe der Belastung große Bedenken, besonders gegen die Kontingentierung, die keinen Schutz für die kleinen, sondern ein Geschenk an die großen Brauer sein würde. Bei der Steuer auf alkoholfreie Getränke wird eine ganze Reihe von Verbesserungen notwendig sein.

Schulenburg (natl.): Beim Branntweinmonopol muß im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes auf die kleinen Brennereien Rücksicht genommen werden. Wir haben schwere Bedenken gegen eine 20proz. Weinsteuer. Gegen die Besteuerung der Fruchtweine und vor allem der Mineralwasser- und Limonadensteuer. Die letztere läßt sich bei Selbstherstellung leicht umgehen. Mit der Schaumweinsteuer können wir uns einverstanden erklären, bedauern aber die Kakaosteuer, da Kakao namentlich ein Kindergetränk ist. Da müssen die Zollbehörden einen Ausgleich schaffen, ebenso für Kaffee und Tee.

Dr. **Roesicke** (Kons.): Mit der Fabrikatsteuer beim Bier sind wir einverstanden. Beim Wein muß die Politik dahin gehen, daß bei normalen Zeiten auch die normalen Preise wieder eintreten. Ueber 10 Prozent sollte man bei der Besteuerung nicht hinausgehen. Bei der Schaumweinsteuer müßte eine Staffelung eintreten. Die Alkoholerzeugung darf nicht rein fiskalisch betrachtet werden. Der Gesichtspunkt des landeskulturellen Wertes darf nicht außer acht bleiben. Die Brennereien, sowohl die kleinen, wie die kontingentierten, müssen in der erforderlichen Höhe entschädigt werden. Damit wir wirtschaftlich nicht vernichtet werden, wollen wir die Feinde gehörig an unseren Lasten teilnehmen lassen.

Wurm (U. Soz.): Selbst die armseligsten Getränke, wie Selters und Limonade, wollen wir besteuern, dabei gibt man wieder Liebesgaben an die Großen. Das Spiritusmonopol schafft uns die größten Preise für Schnaps in ganz Europa. Das ist der Gipfel der politischen Machtausnutzung den Aermsten der Armen gegenüber.

Mumm (D. Fr.): Wir werden wirksam zu prüfen haben, wie eine gerechte Verteilung der Steuern möglich ist. Eine Einschränkung des Getreideverbrauches zu Brennzwecken ist notwendig. Auch die Kartoffeln dürfen der Volksernährung nicht entzogen werden. Bei der Biersteuer muß an einen noch größeren Schutz der kleineren und mittleren Betriebe gedacht werden, zumal die Konkurrenz des Mineralwassers zu befürchten ist.

Damit schließt die Besprechung.

Das Branntweinmonopol wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Die übrigen Getränkesteuern gehen an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern. Die gestern beratenen Steuern werden dem Hauptausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Petitionen, kleine Anfragen.

Schluß nach halb 7 Uhr.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Berlin, 25. April. Der Aeltestenrat des Reichstages beriet gestern den Arbeitsplan für die nächsten Tage und einigte sich dahin: Am Freitag dieser Woche sollen die vom Handels- und Gewerbeausschuß überwiesenen Petitionen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Samstag, Montag und Dienstag bleiben sitzungsfrei. Der Mittwoch und der Donnerstag sind der Beratung sozialpolitischer Gesetze vorbehalten. Am Freitag und Samstag kommt der Haushalt des Reichswirtschaftsamtes zur Beratung. Anschließend daran am Montag übernächste Woche und an den folgenden Tagen, Fragen der Uebergangswirtschaft usw. (W.T.B.)

Berlin, 25. April. (W.T.B.) Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Haushaltes des Reichsheeres fort und einigte sich zunächst dahin, die Behandlung der Beamtenfragen und die angeregte Neuorganisation des gesamten Militärbeamtenwesens einem 10gliedrigen Unterausschuß zu überweisen und über die im Haushalt neuangeforderten Stellen vorweg Beschluß zu fassen. Auf eine Anfrage gab Unterstaatssekretär Jahn vom Reichsschatzamt Auskunft über die der Türkei gewährten Anleihen. General Schultzen äußerte sich wiederholt über die Verlust- und Ersatzfragen. Sodann kam Oberstleutnant von dem Berg auf die Beanstandung zurück, die gestern und bei einer früheren Gelegenheit vom Abg. Erzberger über das Kriegspresseamt gemacht worden war: Im Laufe des Krieges hatte sich gezeigt, welche Bedeutung die Presse als wichtiges Mittel der Kriegführung hat, und wie dieses Mittel von unseren Feinden, durch ihre Lage begünstigt, rücksichtslos gegen uns in der Welt ausgenutzt wird. Die Oberste Heeresleitung hat daher im Oktober 1915 das Kriegspresseamt geschaffen, um eine engere Verbindung mit der Presse herzustellen. Redner schilderte dann die Aufgaben und die Gliederung des Kriegspresseamtes und erörterte die Stärkenachweisung, die mit größter Sparsamkeit aufgestellt sei. Es handelt sich im ganzen um 119 Offiziere, die nur garnisondienstverwendungsfähig, zum Teil verwundet und nicht mehr voll arbeitsverwendungsfähig sind. Dabei muß der Dienstbetrieb Tag und Nacht aufrecht erhalten bleiben. Auch müßten die Offiziere noch zur Front reisen und zu besonderen Aufgaben verwendet werden. Das Kriegspresseamt hat in unermüdlicher Tätigkeit wichtige Kriegsarbeit getan, die Anerkennung und Dank verdient. Durch sein Wirken sind die Gegensätze zwischen Presse und Militärbehörden verständnisvoller geworden als früher. Wenn mit der Fülle der Arbeit Fehlgriffe vorgekommen seien, so konnten sie abgestellt werden, falls ihre Mitteilung erfolgte. Vorwürfe, wie sie hier gemacht worden sind, müssen zurückgewiesen werden.

* *

Berlin, 25. April. (W.T.B.) Im Hauptausschuß des Reichstages wandten sich mehrere Redner gegen die von dem deutschen Militärbefehlshaber in der Ukraine herausgegebene Schrift zum Dienstgebrauch für Offiziere, in der gegen das Wahlrecht, den Reichstag und das Zentrum mit Schärfe Stellung genommen wird. Es wurde beantragt, daß alle von dem militärischen Befehlshaber in der Ukraine herausgegebenen Schriften und Dienstanweisungen dem Hauptausschuß vorgelegt werden. Der Vorsitzende stimmte den Vorrednern zu, wenn die Dienstanweisungen derartige Angriffe enthielten, so müsse gegen solche politische Agitation im Heere aufs schärfste Stellung genommen werden. Der Ausschuß beschloß, zu den für Mitte nächste Woche angesetzten Beratungen hierüber den Reichskanzler zu laden.

v. Kühlmann und die Parteiführer.

Berlin, 25. April. (W.T.B.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Kühlmann machte gestern den Führern der Parteien des Reichstags vertrauliche Mitteilungen über die Bukarester Verhandlungen. Nachdem er geschlossen hatte, nahm der Vizepräsident Dr. Paasche das Wort, um dem Staatssekretär für seine Ausführungen zu danken und im Namen der anwesenden Abgeordneten dem Bedauern und dem Unwillen darüber Ausdruck zu geben, wie von der Deutschen Zeitung gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit persönlichen Verdächtigungen gekämpft wurde. Er sei überzeugt, daß keiner ihm widersprechen werde, daß dieses Hineinziehen persönlicher Verhältnisse in den politischen Kampf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Diese Ausführungen wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Im Anschluß daran sprach der Vizepräsident Dr. Paasche sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß auf die gleiche Weise auch eines der kenntnisreichsten und fleißigsten Mitglieder des Reichstages in der gehässigsten Weise angegriffen werde. Die Zeitungen aller Richtungen hätten sich ja auch schon dagegen gewandt, daß man das persönliche Gebiet in den politischen Kampf hineinziehe.

Wie nach der Vossischen Zeitung verlautet, gewannen die Teilnehmer aus dem Bericht des Staatssekretärs von Kühlmann den Eindruck, daß der formelle Abschluß des Friedensvertrages mit Rumänien nunmehr in kürzester Zeit erfolgen werde.

Badischer Landtag.

Erste Kammer.

+ Karlsruhe, 25. April.

(16. öffentliche Sitzung.)

In der fortgesetzten Beratung der Regierungsdenkschrift berichtete Staatsrat Dr. Glockner über die Preisbildung im Verkehr mit Lebensmitteln. Auf seine Bemerkung, daß wir ohne die Festsetzung der Höchstpreise nicht hätten durchhalten können und daß die Unbequemlichkeiten, die mit der Höchstpreisbildung zusammenhängen, in Kauf genommen werden müßten, führt Geh. Kommerzienrat Engelhard-Mannheim aus, daß er die Meinung des Berichterstatters nicht teile, die Kaufmannschaft habe sich mit den jetzigen Verhältnissen abgefunden. Zu hoffen sei aber, daß durch eine möglichst baldige Zusammenarbeit von Sachverständigen und Preisprüfungsstellen ein Verfahren herausgefunden wird, das der Kaufmannschaft entgegenkommt. — In Verbindung damit berichtet Oberlandesgerichtspräsident Dr. Zehnter über die Petition des Kriegsausschusses der Verbraucher in Mannheim wegen Errichtung von Preisprüfungsämtern. Die von den Petenten gewünschten Preisprüfungsämter neben den Preisprüfungsstellen sollten Verkäufern und Käufern in gleicher Weise dienstbar sein, sie sollten eine Art Wohlfahrtsstelle sein, die mehr vorbeugend wirken sollte. Die Regierung begrüßt die Einrichtung solcher Aemter. Der Haushaltungsausschuß konnte ihre Notwendigkeit nicht erkennen. Die Petition wurde dem Antrag des Haushaltungsausschusses entsprechend der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Freiherr v. Mentzingen fuhr in seiner Berichterstattung fort und wandte sich zur Lebensmittelversorgung des Fremdenverkehrs.

Geh. Rat Schneider führte dazu aus, daß die Regelung des Fremdenverkehrs erhebliche Schwierigkeiten biete. Eine Kontingentierung des Fremdenverkehrs ist nicht zu vermeiden, so werden die Uebernachtungen beschränkt werden; der Kuraufenthalt soll sich nicht über drei Wochen erstrecken. Bei längerem Aufenthalt ist ein amtärztliches Zeugnis nötig. Die Tagesausflügler werden sich in den meisten Fällen aus ihrem Rucksack verköstigen müssen, wir werden auch für den vorübergehenden kurzen Aufenthalt den Kommunalverbänden die Lebensmittel zur Verfügung stellen. Eine besondere Fürsorge werden wir den Sanatorien zuteil werden lassen. Der Regierungsvertreter besprach dann im folgenden die Getreidevorschätzung und teilt mit, daß durch die Herabsetzung der Protration des Selbstversorgers 124 000 Zentner in Baden gespart worden sind. Diese Maßregel war notwendig. — Exzellenz Dr. Seubert betont, die amtliche Preispolitik habe erreicht, daß bei der Bewirtschaftung des Brotgetreides und bei der Feststellung der Höchstpreise unser Volk ausreichend mit Brot versorgt werden könne. Zwang sei notwendig, aber gleichfalls unter Beachtung der Grenzen.

Den Standpunkt der Konsumenten legte dann in längeren Ausführungen Oberbürgermeister Habermehl-Pforzheim dar. Auch im vierten Kriegsjahr müssen wir die Zwangswirtschaft beibehalten. Es müsse alles erfaßt werden, was irgend möglich sei. In der Zweiten Kammer ist der Städteeinkauf ziemlich schlecht behandelt worden. Er hatte im letzten Jahr einen Umsatz von 70 Millionen, es besteht nun die Absicht, diesen Städteeinkauf auch nach dem Kriege beizubehalten. Aus der Ukraine werden wir wohl nicht so schnell Getreide erhalten und deshalb wird es notwendig sein, auch in diesem Jahr den Frühdrusch beizubehalten. Bei der Kartoffelversorgung wird in diesem Jahr darauf zu achten sein, daß sie nicht zu frühe aus dem Boden genommen werden. Mit der Milchversorgung haben wir in Pforzheim insofern gute Erfahrungen gemacht, da wir die über die Sollmenge gelieferte Milch mit 5 Pfg. mehr für den Liter und die unter die Sollmenge fallende mit 5 Pfennige weniger bezahlen. Der Begriff „Schleichhandel" findet auch vielfach da Anwendung, wo er nicht hinpaßt. Wenn jemand einige Lebensmittel zu zivilen Preisen oder gar schenkungsweise von Verwandten erhält, so kann man doch nicht von Schleichhandel sprechen, und die Meinungen sind darüber geteilt, ob es berechtigt ist, solche Lebensmittel wegzunehmen. Die in Verbindung mit diesen Fragen stehende Petition des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen wird für erledigt erklärt.

In der Aussprache teilte Geh. Rat Dr. Schneider noch Ausführungen des Bürgermeisters Bierneisel-Landau, der auf die Schwierigkeiten in der Viehaufbringung aufmerksam gemacht hatte, mit, daß in den kommenden Monaten in Baden weniger Vieh aufzubringen ist, da es der Heeresverwaltung gelang, aus den besetzten Gebieten Schlachtvieh in größerem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Hier wird um halb 8 Uhr die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt.

Zweite Kammer.

BZK. **Karlsruhe**, 25. April 1918.

Präsident Kopf eröffnet die 43. öffentliche Sitzung um 4 Uhr 20 Min. und gedenkt zunächst des Hinscheidens des Herzogs von Anhalt des Schwagers des Prinzen Max. Durch diesen Trauerfall wurde das Großh. Haus in tiefe Trauer versetzt. (Das Haus erhebt sich von den Sitzen.) Ich weiß mich Ihrer Zustimmung gewiß, wenn ich sage: Badens Volk und Volksvertretung, wie sie stets in guten und bösen Tagen treu zu ihrem Fürstenhause hielten, nehmen auch an diesem Trauerfall herzlichen Anteil. Ich bitte Sie um die Zustimmung, dem Prinzen Max unser Beileid auszusprechen. Auch in unseren eigenen Reihen hat der Tod seit der letzten Sitzung eine bedauerliche Lücke gerissen. Der Kollege Kolb ist nach kurzer Krankheit einem tückischen Leiden erlegen; eine große Partei dieses Hauses hat dadurch ihren Führer, das Haus ein arbeitsfreudiges und sympathisches Mitglied verloren. Namens des Hauses habe ich an der Bahre einen Kranz niedergelegt und hervorgehoben, daß das ganze Haus seinem Tod aufrichtig bedauere. Einer Uebung des Hauses entsprechend wird ihm ein Mitglied seiner Partei einen Nachruf halten.

Abg. Geiß (Soz.): Dem † Abg. Kolb ist eine Ehrung zuteil geworden, wie sie nur wenigen zuteil wird. Es mußte dies jeden im Herzen ergreifen, daß nicht nur seine Parteifreunde, sondern auch Angehörige anderer Parteien, der verschiedensten Organisationen und Richtungen und Angehörige der staatlichen und städtischen Behörden ihm diese Ehrung erwiesen. Er habe das Bedürfnis, allen, die sich daran beteiligt haben, insbesondere auch den Mitgliedern der Großh. Regierung für diese Ehrung Dank zu sagen. Die große Ehrung Wilhelm Kolbs legte Zeugnis davon ab, wie er überall in diesem Haus, auf dem Rathaus und im ganzen öffentlichen Leben als eifriger, pflichtgetreuer und wahrheitsliebender Mann geachtet wurde. Er war ausgestattet mit vorzüglicher Rednergabe, Schärfe des Geistes und war allezeit bemüht, zum Wohle der Gesamtheit und der darbenden Menschheit einzutreten. Sein Charakter war lauter und rein und vom besten Willen beseelt. Die Liebe zu seinem Vaterland und der badischen Heimat und der großen Masse der Bevölkerung haben ihn hingerissen, allen Hilfesuchenden zu helfen. Nun ist der tüchtige, arbeitfreudige Mann hingegangen. Alle, die ihn gekannt, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Auch dieses Haus hat in ihm einen eifrigen, wahrheitsliebenden Mann verloren und wird seiner jederzeit in Ehren gedenken. (Beifall.)

Präsident Kopf führt im Anschluß daran weiter aus:

Seit dem 30. Mai 1914, an welchem Tage der damalige Präsident den letzten allgemeinen Nachruf für verstorbene Mitglieder des Hauses hielt, sind 51 früheren Mitglieder des Hauses gestorben; 7 davon, die zur Zeit ihres Todes noch Mitglieder des Hauses waren sind bereits Nachrufe gewidmet worden. Die übrigen Verstorbenen, deren der Präsident kurz gedenkt, sind folgende: Ferdinand Bissing in Freiburg; Ed. Müller, Gastwirt in Welschingen; Glockengießer Benj. Grüninger in Villingen; Kommerzienrat Dan. Knecht in Eberbach; Theod. Lutz, Apotheker in Baden-Baden; Jos. Hilbert, Bürgermeister in Riedöschingen; Landgerichtsdirektor Otto Kern in Freiburg; Phil. Blümmel, Gymnasiumsdirektor in Villingen; Prälat Franz Xaver Linder, Alterspräsident des Reichstags; Oberbaurat Hergt in Offenburg; Herm. Schneider, Kaufmann in Pforzheim; Großkaufmann Karl Reiß, Generalkonsul in Mannheim; Kaufmann Wilh. Fischer in Freiburg; Chemiker Opificius in Frankfurt; Bankdirektor Aug. Kaiser in Pforzheim; Altbürgermeister Jos. Julius Schüler in Ebringen; Professor

Chronik des dritten Kriegsjahres.

26. April. Englische Angriffe an der Straße Arras—Cambrai abgewiesen; Erfolge am Chemin des Dames. — Bomben auf Sulina; Luftgefechte vor der flandrischen Küste.

Quenzer in Heidelberg; Max Wechsler in Müllheim; Polldirektor Michael Schmunck in Bühl; Karl Friedr. Schoch in Karlsruhe; Bürgermeister Dr. Wilh. Reichard in Durlach; Dr. Otto Winterer, Oberbürgermeister a. D. in Freiburg; Pfisterer in Weinheim; Mühlenbesitzer Christian Gierich in Ettlingen; Pfarrer und Geistl. Rat Michael Hennig in Kappel a. Rh., Alterspräsident dieses Hauses; Ferd. Fischer in Freiburg; Sägenfeiler Ernst Kräuter in Freiburg; Dr. Freiherr Friedr. von Neubronn in Freiburg; Samuel Jos. Kimmig; Herm. Schmid, Kunstgärtner in Singen, welcher an einer in diesem Kriege erlittenen Verwundung starb; Joh. Krämer, Bürgermeister a. D. von Karlsruhe; Kunstmühlenbesitzer Jos. Brodmann in Stockach; Dr. Aug. Eisenlohr, Minister a. D. in Karlsruhe; Landgerichtsdirektor Ernst Adolf Birkenmayer in Waldshut; Dr. Rudolf Obkircher, Landgerichtsdirektor und zuletzt Kriegsgerichtsrat; Paul Frühauf, Rechtsanwalt in Karlsruhe; Dr. Heinrich Hansjakob, Stadtpfarrer a. D. von Freiburg, Ehrenbürger in Haslach; Dr. Franz Weber, Oberbürgermeister a. D. von Konstanz; Professor Heinrich Bihler in Freiburg; Florian Werr, Pfarrer und Dekan in Werbach; Heinrich Schumann, Rechtsanwalt in Mosbach; Dr. Ernst Blankenhorn, Kommerzienrat in Müllheim; Alfr. Meyer, Notar in Heidelberg. Es ist eine lange Reihe zum Teil hochverdienter Herren. Die Aelteren unter uns haben die meisten noch gekannt. Alle haben gearbeitet zum Wohle des Volkes und des badischen Heimatlandes. Wir wollen ihnen darum ein treues, dankbares Andenken bewahren. (Zum Zeichen der Zustimmung erheben sich die Mitglieder von den Sitzen.)

Hierauf wird der für den Abg. Dr. Zehnter als Nachfolger im 36. Wahlkreis Rastatt-Gernsbach gewählte Abg. Straub verpflichtet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Abg. Rehm (natl.) persönliche Bemerkungen, in welchen er die Ausführungen des Freiherrn v. Mentzingen in der 8. Sitzung der Ersten Kammer bedauert.

Abg. Seubert (Ztr.) stellt fest, daß hinsichtlich seiner Ausführungen über den 2. Beamten beim Amt Offenburg nicht der jetzige, sondern der Vorgänger des jetzigen Beamten in Frage komme.

Kurze Anfrage.

Abg. Schöpfle (R. V.): Was gedenkt die Großh. Regierung zu tun, um den Beamten und Arbeitern der Privatbahnen entgegenzukommen, damit sie in ähnlicher Weise wie die Beamten der Staatsbahnen Teuerungszulagen erhalten?

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Ein Aufsichtsrecht über die Nebenbahnen steht der Regierung hinsichtlich der Entlohnung nicht zu, außer wenn dadurch die Sicherheit des Bahnbetriebes gefährdet wird. Dieser Fall scheint jedoch nicht vorzuliegen. Neuerdings wird darüber eine Erhebung gemacht, die noch nicht abgeschlossen ist. Gleiche Entlohnung wie bei den Staatsbahnen kann nicht in Frage kommen.

Ueber den Gesetzentwurf betr. die vorübergehende Zulassung von Ausnahmen von der Vorschrift über die Bierbereitung in Art. 6 des Biersteuergesetzes vom 30. Juni 1896 (Surrogatverbot) berichtet

Abg. Göhring (natl.): Es handelt sich um die Zusetzung von künstlicher Kohlensäure und anderen Ersatzstoffen während der Kriegszeit. Die Kommission beantragt, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet über die Regierungsvorlage betr. das Wohnungsgeld, wonach Wyhlen, Steinbach, Bombach in die dritte, Weil und Haltingen in die zweite Ortsklasse versetzt werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Ueber eine Petition des Gemeinderats Plankstadt, die Versetzung der Gemeinde Plankstadt in die zweite Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs berichtet Abg. Seubert (Ztr.). Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Der Antrag wird, nach kurzen Ausführungen des Abg. Kahn (Soz.) angenommen.

Ueber die Petitionen des Bundes der Staatsbeamtenvereine in Mannheim, des Verbandes der Beamten- und Lehrervereine, der Vereinigungen der badischen Oberbeamten um Verbesserung ihrer Lage, sowie die Anträge der Abgg. Bitter und Gen., Rebmann und Gen., die Kriegszulagen und Teuerungsbeihilfen der Beamten und Lehrer und Arbeiter betr. berichtet Abg. Rebmann (natl.). Auf Antrag der Kommission werden die Petitionen durch die Maßnahmen der Regierung formell für erledigt erklärt. Da aber die Teuerung anhält und neue Petitionen eingegangen sind, soll die Frage weiter behandelt werden.

Ueber die Petition des Daniel Kehrer in Kronau wegen Vorenthaltung der Teuerungszulage berichtet Abg. Rebmann (natl.) und beantragt, die Petition durch die Erklärung des Finanzministers für erledigt zu erklären.

Der Antrag wird angenommen.

Ueber den Antrag der Abg. Kolb und Gen., die Großh. Regierung zu ersuchen, noch diesem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die in Art. 3 des Einkommensteuergesetzes festgesetzte abzugsfähige Einkommenssumme von 2000 Mk. auf 4000 Mk. erhöht wird, berichtet

Abg. Stockinger (Soz.) und beantragt namens der Kommission dessen Annahme. Persönlich empfiehlt Redner den Antrag unter Hinweis auf die scharfe Teuerung.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Wir haben erklärt, daß die Sache verschoben werden soll bis zur allgemeinen Revision der Einkommensteuer. Wir sind aber angesichts des einmütigen Beschlusses in die Prüfung der Frage eingetreten und werden je nach dem Ergebnis derselben dem Landtag eine Vorlage machen.

Abg. Wittemann (Ztr.) unterstützt die Ausführungen Stockingers und bittet im Hinblick darauf, daß die Leute doch große Beträge für Versicherung, Gemeindeumlage und Kirchensteuer zu bezahlen haben, diesem Landtag noch eine Vorlage zu machen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abg. Dr. Bernauer (Ztr.) berichtet über die Petition des verunglückten Rangierobmanns J. Rohe in Mannheim um Erhöhung seiner Invalidenrente oder Unterstützung. Die Kommission beantragte Ueberweisung zur Kenntnisnahme zur eventuellen weiteren Hilfeleistung. Der Antrag wird angenommen.

Ueber die Petition des Gasarbeiters K. Hettinger in Karlsruhe um Wiedereinstellung in den Eisenbahndienst oder Gewährung einer Gnadenpension berichtet Abg. Bechtold (Soz.) und beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Dem Antrag wird entsprochen, nachdem Abg. Seubert (Ztr.) kurz für die Petition eingetreten.

Morgen 9 Uhr: Verschiedene Anträge betr. Kreisverfassung und sonstiges.

Schluß halb 7 Uhr.

*

Aus der Verfassungskommission.

Karlsruhe, 25. April. Die Kommission setzt die Beratung der Verfassungsanträge fort und zwar derjenigen des Abg. Muser betr. das Budgetrecht der 2. Kammer und die Einführung einer Bestimmung in die Verfassung, wonach ein Gesetz, das in zwei aufeinander folgenden Landtagssessionen eine Mehrheit der 2. Kammer von ⅔ der Abstimmenden gefunden hat, der Zustimmung der 1. Kammer nicht mehr bedürfte. (Berichterstatter Abg. Schön.) Der Antragsteller begründete seinen Antrag in längeren Ausführungen. Der Staatsminister sprach sich gegen den Antrag aus und machte hierzu ausführliche Begründung. Aus denselben und ähnlichen Gründen wie der Staatsminister kam auch ein Zentrumsredner zu einem ablehnenden Standpunkt, während ein anderer Zentrumsredner seine grundsätzliche Zustimmung zur Tendenz des Antrags betr. Budgetvorrecht der 2. Kammer erklärt. Von nationalliberaler Seite wurde der Antrag als zurzeit unannehmbar bezeichnet. Der sozialdemokratische Sprecher sprach sich für die Muserschen Anträge aus. Der Antrag auf Wiederherstellung des Budgetrechts der Zweiten Kammer wird abgelehnt und zwar mit 8 gegen 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen, derjenige betr. der Abstimmungen mit 11 gegen 3 Stimmen.

Aus der Schulkommission.

Karlsruhe, 25. April. In der heutigen Sitzung kam der Rest des Fortbildungsschulgesetzes, die §§ 29—36 zur Verabschiedung. Sie handeln von der Aufbringung der Kosten und von den Uebergangsbestimmungen. Mit Ausnahme des § 35 werden alle Paragraphen einstimmig angenommen. Der § 35 mit 12 gegen die 4 Stimmen der Sozialdemokraten und des Fortschrittlers. Diese hatten beantragt, daß der Religionsunterricht erst dann in den Städten eingeführt werde, wenn mehr als 6 Stunden Unterricht eingeführt würden. Weil damit der obligatorische Religionsunterricht in das Belieben der Städte gestellt, d. h. beseitigt wäre, wurde dieser Antrag mit 13 Stimmen gegen 3 abgelehnt. Das gleiche Resultat ergab eine nochmalige Abstimmung über den § 9, der in einer früheren Sitzung auch für die Mädchen drei Schuljahre festgesetzt hatte. Regierung, Zentrum und Liberale erklärten sich schließlich gegen diese Erhöhung der Dauer der Schulpflicht der Mädchen. Eine entsprechende Resolution, die die Erwartung ausspricht, daß die Städte, wenn nötig, statutarisch 3 Jahre einführen, wurde einstimmig angenommen. Nach näherer Fixierung der Behandlung der Dissidentenkinder und nach Besprechung der Verhältnisse am hiesigen Haushaltungsseminar wurde das ganze Gesetz mit 12 Stimmen (Zentrum, Liberale und Rechtsstehende Vereinigung) gegen 3 sozialdemokratische bei 2 Enthaltungen angenommen. Die einschlägigen Petitionen werden als erledigt erklärt. Das Gesetz dürfte also angenommen werden und es steht zu hoffen, mit einer recht erfreulich großen Mehrheit.

Chronik.

Aus Baden.

.:. Ettlingen, 24. April. An Stelle des zurückgetretenen Herrn Stiftungsrechners Beck wurde vom Stiftungsrat Herr Schriftsetzer Höll von hier gewählt.

⊙ Mannheim, 26. April. Der Bürgerausschuß hat die Aufnahme eines weiteren Kriegsanlehens von 13 Millionen Mark genehmigt, wodurch sich die städtischen Kriegsanleihen auf 39 Millionen Mk. erhöhen. Auch die Vorlagen, die sich auf die Erhöhungen der Tarife für Wasser, Gas und Elektrizität beziehen, wurden einstimmig angenommen, ebenso die Vorlage zur Gründung einer Gesellschaft m. b. H. zur Beschaffung von Wohnungseinrichtungen. Die Stadtgemeinde tritt dieser Gesellschaft mit einer Stammeinlage von 1 Million Mark bei. — Geh. Hofrat Wilhelm Höhler, ein erfahrener Schulmann, der langjährige Direktor des Realgymnasiums, ist hier nach längerer Krankheit gestorben. — Der süddeutsche Exportverein hielt hier seine 10. Mitgliederversammlung ab. Darin wurde der Abschluß der Friedensverträge im Osten begrüßt, jedoch wurde ein stärkerer Schutz der Auslandsforderungen verlangt. Die Versammlung vermißte fast jede Sicherung der Rohstoffversorgung. — Eine gemeingefährliche Gewohnheitsdiebin stand in der 32jährigen Arbeiterin Emma Huber aus Schopfheim vor der Strafkammer. In ihrer Wohnung hatte man ein ganzes Lager von Diebesbeute entdeckt. Das Gericht verurteilte die Diebin zu 4 Jahren Zuchthaus.

.:. Heinsheim, 22. April. Der Mosb. Volkb. berichtet. Einen schnellen, unerwarteten Tod hat unser Gutsherr, Freiherr Hans von Racknitz gefunden. Er wurde von einem Schlaganfall betroffen und morgens tot vor dem Bette gefunden. Derselbe erfreute sich in allen Kreisen, die mit ihm in Berührung kamen, großer Beliebtheit und erweckt sein rasches und frühes Hinscheiden allgemeine Teilnahme. Der Verstorbene stand noch im besten Mannesalter und hinterläßt zwei Söhne und zwei Töchter; erstere stehen im Heeresdienst. Die Beisetzung fand heute, Dienstag, in der hiesigen Familiengruft statt.

(!) Baden-Baden, 23. April. Die Kreisversammlung hielt am Sonntag hier ihre Sitzung ab. Der Voranschlag wurde mit einer Ausgabe von 456 727 Mk. und einer Einnahme von 231 500 Mk., einem ungedeckten Aufwand von 225 227 Mk. gutgeheißen und die Erhebung einer Umlage von 18 Pfennig, wie im vorigen Jahre beschlossen. Die Kreisversammlung nahm eine Entschließung an, durch die die Beibehaltung des Kreises Baden gefordert wird, und eine weitere Entschließung, in der es heißt: „Falls die Großh. Regierung den Vertrieb des Murgtalstromes zusammen mit den öffentlichen Verbänden übernehmen will, erklärt sich der Kreis Baden zum Mitvertrieb ausdrücklich bereit. Falls der Vertrieb durch eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft zustande kommen sollte, hält die Kreisversammlung zum Mindesten für erforderlich, daß den Kreisen Gelegenheit zur Beteiligung an der gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft gegeben wird.

✤ St. Georgen i. Schw., 24. April. Die Fleischausgabe in hiesiger Stadt wird neu geregelt. Bisher wurde in den Metzgereien jeweils zweimal in der Woche, am Mittwoch und Samstag, Fleisch ausgegeben. Da jedoch das Gewicht der überwiesenen Schlachttiere zu Beginn der Woche noch unbekannt und deshalb eine genaue Einteilung unmöglich war, gingen oft eine größere Anzahl Familien bei der zweiten Ausgabe leer aus. Um diesem Mißstande abzuhelfen, und hauptsächlich auch, um die Ansammlungen vor den Metzgereien zu verhindern — es gab Leute, die sich schon nachts 2 Uhr und noch früher vor den Metzgereien aufstellten, die doch erst um 7 Uhr morgens geöffnet wurden, was einer nächtlichen Ruhestörung gleichkam — soll in Zukunft wöchentlich nur noch einmal, am Freitag nachmittag und Samstag, Fleisch ausgegeben werden. Wer sich vor Beginn der Fleischausgabe vor den Metzgereien aufhält, wird weggewiesen; auch werden die Fleischkarten abgenommen und vor Samstag abend nicht wieder eingehändigt; eine zwar scharfe, aber notwendige Maßnahme. — Herr Hauptlehrer Viefel hat eine Hauptlehrerstelle in Emmendingen erhalten. Wir bedauern seinen Weggang von hier. Die Volksschule verliert in ihm eine tüchtige Lehrkraft und die katholische Pfarrgemeinde den treuen Organisten und Dirigenten des Kirchenchors und einen pflichteifrigen Religionslehrer. Herr Hauptlehrer Viefel war gegen sechs Jahre hier.

Zur Abhilfe des Mangels an Pferdegeschirren. hat sich die Heeresverwaltung bereit erklärt, zunächst 30 000 Paar gebrauchte Sielengeschirre in erster Linie für die Landwirtschaft, aber auch für Handel, Gewerbe und Industrie zur Verfügung zu stellen. Die Anforderung für solche Geschirre seitens der Verbraucher hat bei der Kriegsamtsstelle des stellv. Gen.-Kom. des 14. Armeekorps zu erfolgen. Diese prüft den Antrag und stellt die Lieferungsbescheinigung aus. Nur besonders dringliche Anforderungen können berücksichtigt werden. Vordrucke für Anforderungsscheine für diese Geschirre sind bei der Kriegsamtsstelle zu haben.

Lokales.

Karlsruhe, 26. April 1918.

Aus dem Hofbericht. Ihre Großherzogliche Hoheiten die Prinzessin Elisabeth und Sophie von Luxemburg sind am 23. ds. Mts., abends, wieder von hier abgereist. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin gaben Höchstdenselben das Geleite zum Bahnhof.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute die Vorträge des Geheimen Legationsrates Dr. Seyb und des Ministers Dr. Düringer entgegen.

⊙ **Beerdigung.** Einen der ältesten Lokomotivführer unseres engeren Heimatlandes, Leonhard Dosenbach, geboren zu Rheinweiler (Amt Waldshut), hat man in den letzten Tagen der Mutter Erde übergeben. Der Heimgegangene trat im Jahre 1871 nach dem Feldzuge, in welchem er sich das Eiserne Kreuz und die Karl-Friedrich-Medaille geholt, als Heizer in den Dienst der Großh. badischen Staatseisenbahnen. Später wurde er zum Lokomotivführer befördert; bis vor etwa Jahresfrist war Dosenbach ununterbrochen im Dienste der Badischen Staatseisenbahnen mit großer Hingabe und Pflichttreue tätig. Seine Verdienste wurden vom Landesherrn durch Verleihung der Goldenen Verdienstmedaille und dem Verdienstkreuz des Zähringer Löwenordens anerkannt. Dosenbach war aber nicht nur ein pflichtgetreuer, zuverlässiger Beamter, ein gerader, offener Charakter, sondern auch ein angenehmer, gern gesehener Gesellschafter, dem niemals der Humor ausging. Die überaus zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung des alten Veteranen bewies dessen allgemeine Beliebtheit und Wertschätzung. Am offenen Grab ließen unter entsprechenden Ansprachen Kränze niederlegen der Verein ehemaliger 113er, der Karlsruher Militärverein und der Verband badischer Lokomotivbeamten. Auch die direkten Vorgesetzten der Maschineninspektion Karlsruhe, zahlreiche Kollegen, Freunde und Bekannte des Dahingeschiedenen nahmen an der Beerdigungsfeier teil. Der Großherzog ließ den Hinterbliebenen durch seinen Flügeladjutanten Generalmajor Freiherrn Seutter von Lötzen seine innige Anteilnahme an dem schweren Verluste schriftlich aussprechen.

✗ **Kath. Männerverein der Südstadt.** Morgen Samstag abend 8 Uhr findet im „Tivoli" die diesjährige Generalversammlung statt. Die Vereinsmitglieder werden wiederholt um zahlreichen Besuch gebeten.

✠ **Jugendverein für kathol. Mädchen St. Stephan.** Peter Dörfler ist als Schriftsteller bestens bekannt. „Als Mutter noch lebte" ist zu einem der gelesensten Jugend- und Volksbücher geworden. Umso mehr darf ein „Dörfler" auf der Vereinsbühne auf Beachtung rechnen. Der Mädchenjugendverein St. Stephan wird am nächsten Sonntag abend 8 Uhr im kathol. Gesellenhaus das fünfaktige Schauspiel: „An der Gnadenstätte" von Dr. Peter Dörfler zur Aufführung bringen. Der Verfasser hat es verstanden, den Ernst der Handlung durch köstlichen Humor zu mildern und durch liebliche Kinderszenen zu verschönern. Die Regie hat das Stück durch Einlage von Mädchenchören zu einem Festspiel zu Ehren der Gottesmutter gestaltet. Der Besuch kann nur empfohlen werden.

+ **Fußball-Wettspiele.** Auf dem K. F. V.-Platze empfängt der F. C. Phönix-Alemannia die beiden Mannschaften des F. C. Mühlburgs zum Vorspiel der Frühjahrsverbandswettspiele. Phönix ist im Gegensatz wie gewöhnt dieses Mal noch ohne Punkt, und man ist in Sportskreisen gespannt, wie dieses Treffen enden wird, ob sich Phönix endlich einen Punkt erhascht oder weitere Niederlagen ertragen muß. In Durlach trifft der F. V. Beiertheim mit seiner vorzüglichen Mannschaft auf Germania Durlach. Dieses Treffen dürfte sich wohl zu einem hartnäckigen Kampf gestalten, da beiden Mannschaften aufgrund ihrer letzten Resultate in sehr guter Form sind. V. f. B. ist spielfrei. Um die Meisterschaft der B-Klasse spielt auf dem V. f. B.-Platze gegenüber der Telegraphenkaserne V. f. B. Gaggenau und Konkordia Karlsruhe.

Hindenburg an den Verein deutscher Zeitungsverleger.

Magdeburg, 25. April. (W.T.B.) Die Werbetätigkeit des Vereins Deutscher Zeitungsverleger zugunsten der achten Kriegsanleihe. Die besonders umfassende Werbetätigkeit des Vereins Deutscher Zeitungsverleger für die achte Kriegsanleihe ist von dem Generalfeldmarschall von Hindenburg in folgendem Telegramm anerkannt worden: Aus dem mir überreichten gesammelten Werbematerial zur achten Kriegsanleihe ersehe ich den Anteil, den der Verein Deutscher Zeitungsverleger an dem glänzenden Ergebnis dieser Kriegsanleihe hat. Für die erfolgreiche Mitarbeit des Vereins Deutscher Zeitungsverleger an den Aufgaben des Heeres, die hierin erneut zum Ausdruck kommt, bitte ich, meinen Dank entgegenzunehmen.

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Der Reichskanzler über die Ostfragen.

Berlin, 26. April. Wie die Deutsche Tageszeitung aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird unmittelbar nach dem Abschluß des Friedensvertrages mit Rumänien der Reichskanzler im Reichstage über die politische Lage sprechen und sich dabei eingehend mit den durch den rumänischen Friedensschluß erreichten Abschluß der gesamten Ostfragen für Deutschland befassen.

Das Herrenhaus und der Fall Lichnowsky.

Berlin, 26. April. Das preußische Herrenhaus, das heute seine Sitzungen wieder aufnimmt, wird sich auch mit dem Fall Lichnowsky beschäftigen. Wie der Berl. Lokalanzeiger hört, dürfte dem Antrage auf Genehmigung der Strafverfolgung Lichnowskys zugestimmt werden.

Wechsel im österreichischen Ministerpräsidium.

Berlin, 26. April. Aus Wien wird dem Berliner Lokalanzeiger mitgeteilt: Unmittelbar nach der Aussprache des Ministerpräsidenten mit den Vertretern der Verfassungs- und Mittelparteien des Herrenhauses trat der Ministerrat zu einer längeren Sitzung zusammen, um über die politische Lage zu beraten. Es verlautet, daß dem bisherigen Landwirtschaftsminister Grafen Sylva Taroucca der Vorsitz im Kabinett angeboten würde. Das Ministerium soll unversehrt bleiben.

Kein neuer Friedensschritt des Papstes.

Berlin, 26. April. Wie verschiedene Morgenblätter melden, weiß man im Vatikan von dem angeblich bevorstehenden Friedensschritt des Papstes bei den Kriegführenden Mächten nichts.

Der deutsche Angriff am 24. April.

Berlin, 25. April. (W.T.B.) Am 24. April wurde von den deutschen Truppen zwischen La Bassée, Avancourt und der Luce ein geplanter Angriff ausgeführt. Die Artillerievorbereitung war kurz, aber von größter Heftigkeit und Wirkung. Sie begann kurz nach 4.30 Uhr vormittags und deckte die feindliche Artillerie, die anfangs zu erwidern versuchte, bald zu. Planmäßig um 7 Uhr trat die Infanterie zum Sturm auf die vordersten feindlichen Stellungen an, die sofort genommen wurden. Den Angriff begleiteten mehrere Sturmpanzerwagenabteilungen, die mit der Infanterie vorgehend, die am stärksten ausgebauten feindlichen Stützpunkte erster und zweiter Linie mit Geschützen und Maschinengewehren niederkämpften. Aus der Richtung Barfussée-Abancourt kam der Angriff sehr schnell über die erste englische Stellung hinweg bis an den Ausgang von Villers-Bretonneux. Hier leistete der Engländer hartnäckigsten Widerstand. Die deutschen Sturmpanzerwagen unterstützten jedoch durch Bestreichen der Dorfstraßen sehr wirksam die Infanterie. Besonders erbittert war der Kampf an der Bahn und am Kirchhof, dicht südlich des Ortes. Diese Punkte versuchten die Engländer vergeblich zu halten. Unterdessen hatten weiter südlich gleichfalls von Sturmwagen unterstützt, die deutschen Angriffstruppen von Marcelcave her die gegen das etwa 5 Kilometer entfernte Dorf Cachy sich hinziehende langgestreckte Ebene durchschritten und die erste und zweite englische Linie überwunden.

Die rückwärtigen Verbindungen funktionierten gut. So war es möglich, das Feuer der Artillerie mit Sicherheit zu leiten. Die Wirkung des deutschen Artilleriefeuers zeigte sich auch bald in der ziemlich schwachen, zuweilen fast ganz aussetzenden Antwort der englischen Artillerie, vor allem aber in der erfreulichen Tatsache, daß die deutsche Infanterie trotz des weiten, offenen und schutzlosen Geländes keine großen Verluste erlitt.

Die Kämpfe um Hangard.

Berlin, 26. April. (W.T.B.) Um den Wald von Hangard wurde wechselvoll gekämpft. Die östlichen Ausläufer des Höhenzuges zwischen dem Walde von Hangard und dem Dorfe Hangard fielen schließlich in deutsche Hand. Damit war das Dorf selbst umfaßt, sodaß es konzentrisch unter Feuer genommen werden konnte. Die Franzosen, die hier die Verteidigung hatten, schienen den in der letzten Zeit schon häufig heiß umkämpften Ort unter allen Umständen halten zu wollen. Jedenfalls war ihre Verteidigung erheblich zäher als die der Engländer auf dem nördlichen Teil des Gefechtsfeldes. Aber obwohl die französische Führung die ganz außergewöhnlich schweren Verluste nicht scheute, die ihre Infanterie in dem tiefliegenden und mit Feuer überschütteten Dorf erleiden mußte, es gelang ihr dennoch nicht, durch krampfhaftes Festbeißen an dieser Stelle die Schlappe der Engländer weiter nördlich wieder wett zu machen. Zur Mittagsstunde hellte das Wetter ein wenig auf und jetzt hatte man von den Beobachtungsstellen aus wenigstens soviel Uebersicht, daß man Fortschritte der deutschen Truppen feststellen konnte. Hangard wurde von schwerstem Feuer zugedeckt und die darin versteckten Feinde unschädlich gemacht. Noch am Abend des 24. April wurde nach erbittertem Häuserkampf das stark besetzte Dorf genommen. Hier allein wurden 500 Gefangene gemacht.

Starke, wiederholte Gegenangriffe des Feindes gegen Dorf und Wald Hangard scheiterten blutig. Lange Gefangenenkolonnen, hauptsächlich Engländer, wurden von dem Kampffeld abtransportiert. Weiter südlich vor Hangard, westlich der Avre, gelang es den Deutschen, die Höhe nordwestlich Castel zu nehmen. Die blutigen Verluste des Feindes sind auf der ganzen Front sehr schwer. Die in vorderster Linie befindlichen französischen und englischen Divisionen, sowie die von rückwärts zu Gegenangriffen herangeführten frischen feindlichen Kräfte wurden teilweise schon in der Bereitstellung von unserem zusammengefaßten Artillerie- und Maschinengewehrfeuer stark gelichtet. Von den englischen Truppen hat vornehmlich eine australische Division, die auch hier wieder im Brennpunkt der Kämpfe stand, sehr gelitten. Auch die Franzosen mußten infolge der englischen Schlappe aufs neue hohe Blutopfer bringen.

Holländischer Protest gegen englische Minenlegung.

Berlin, 26. April. Die Meldung, daß in der Scheldemündung Seeminen gelegt waren, trifft zu. 9 Minen britischer Herkunft sind festgestellt und vernichtet worden, 4 Minen sind geborgen. Auf grund dieser Tatsache hat die holländische Regierung in London gegen dieses Verfahren protestiert und darauf hingewiesen, daß hier ein Verstoß gegen das Haager Abkommen vorliege. Besonders bemerkenswert ist, daß ein Boot des Regierungslotsendienstes und ein Fischerfahrzeug durch die Minen verunglückt sind und 9 Menschen ums Leben kamen.

Erdbeben in der Schweiz.

Berlin, 26. April. In der ganzen Nordost- und Südschweiz wurde am Mittwoch nachmittag ein starkes Erdbeben verspürt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Badischer Kinderhilfstag

für die Deutschlands-Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz am 5. Mai 1918.

An zahlreichen Opfertagen hat Deutschland während bald vier Kriegsjahren gewaltige Geldmittel für unsere Krieger und Kriegsbeschädigten zusammengebracht, um damit ein Kleines von der großen Dankesschuld abzutragen, die wir ihnen gegenüber empfinden. Wenn wieder einmal im badischen Lande der Aufruf zur Wohltätigkeit ergeht, so gilt er nicht den Waffentragenden Deutschlands, sondern seinen jüngsten und zartesten Bürgern, den Säuglingen und Kindern bis zum sechsten Lebensjahr. Ihnen droht ja Lebensgefahr wie in keiner andern Altersklasse mehr, im Frieden gleich wie im Krieg. Das Jahr 1870—71 hat uns noch nicht ganz 40 000 Menschenleben gekostet. Wie klein erscheint diese Zahl gegenüber den Opfern, die der jetzige Weltkrieg von uns fordert, und wie klein erst gegen die Zahl der Todesfälle, die sich zwischen diesen beiden Kriegen im ersten Lebensjahr ereignet haben und die nicht weniger als 15 Millionen betragen. Die ganze Folgenschwere und Tragik dieser immer noch so hohen Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche erhält aber erst ihre volle Eindruckskraft, wenn man weiß, daß nach sachverständiger Berechnung und nach Vergleichen mit anderen Ländern, in denen diese Verhältnisse viel günstiger liegen als in Deutschland, rund acht Millionen hätten gerettet und zu vollwertigen Menschen herangezogen werden können, wäre ihnen die richtige Pflege und Ernährung zuteil geworden. Dabei ist die Zahl derjenigen, die der Krankheit zwar nicht erlegen sind, aber von ihr einen dauernden Schaden zurückbehalten haben, der sie durch das ganze Leben begleitet und zu körperlich und zuweilen auch geistig minderwertigen Menschen macht, garnicht abzuschätzen.

Heute kennen wir Dank den Fortschritten der medizinischen Wissenschaft die Fehler falscher Aufzucht. Aber auch die Wege, die zu einer Besserung führen können, sind uns bekannt. Wo sie beschritten wurden, wo eine systematische Fürsorge besteht, die bei der schwangeren Mutter einzusetzen hat und das Kind vom ersten Lebenstag ab dauernd begleitet, als Säugling, als Kleinkind und in der Schule, überall dort hat es sich beweisen lassen, daß wir mit unseren Maßnahmen auf der richtigen Bahn sind und daß es gelungen ist, die hohe Sterblichkeit im ersten Lebensjahr vielerorts um ein beträchtliches herabzusetzen.

Aber wir sind immer noch in den ersten Anfängen. Der weitere Ausbau ist nur möglich, wenn reiche Mittel dazu zur Verfügung stehen. Die Einrichtungen für die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge erfordern große Kosten. Mit einfacher Belehrung und Aufklärung allein ist's nicht getan. Die weitere Einrichtung von Krippen und Kleinkinderbewahranstalten, der Bau von Mütter- und Säuglingsheimen, von Kinderkrankenhäusern und Tuberkuloseheilstätten ist dringend erforderlich, soll die Fürsorgetätigkeit zu einem wirksamen Ergebnis führen.

Zur Aufbringung von Mitteln hat sich am 21. Juni 1916 im Herrenhaus in Berlin unter der Schutzherrschaft der Tochter unseres Kaisers, der Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig und Lüneburg, eine vaterländische Aktion gebildet, um in ganz Deutschland Beiträge zum Schutze unserer Säuglinge und Kleinkinder zu sammeln. Der Gedanke der Gemeinsamkeit, der uns heute alle miteinander verbindet, sollte auch in dieser allgemeinen deutschen Spende seinen Ausdruck finden. Das gilt aber ausschließlich für die Sammlungstätigkeit. Die dadurch aufgebrachten Mittel fallen zum weitaus größten Teile dem einzelnen sammelnden Bundesstaate wieder zu, dessen bestehende oder auch nur zu gründende Organisationen in ihrer Selbständigkeit in keiner Weise berührt werden sollen. Nachdem die weitaus größere Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten zur „Deutschlands-Spende für Säuglings- und Kleinkinderschutz" ihren Beitrag bereits entrichtet hat, wird demnächst auch Baden, zwar als einer der letzten, aber, so hoffen wir, dem so oft bewährten Wohltätigkeitssinn seiner Bürger entsprechend als einer der erfolgreichsten zu dem großen Liebeswerke beitragen, dessen Erträgnis ihm ja selbst zugute kommt. Die badische Sammlung wird in Form eines Kinderhilfstages am Sonntag, den 5. Mai stattfinden.

Politische Nachrichten.

Tschechen und Südslaven beim Ministerpräsidenten.

Wien, 25. April. (W.T.B.) Wie die südslavische Korrespondenz meldet, fand sich eine Abordnung des tschechischen Verbandes und des südslavischen Klubs beim Ministerpräsidenten ein, um anzufragen, ob die deutschen bürgerlichen Parteien tatsächlich der Regierung einseitig nationale und auf Verfolgung der Tschechen und Südslaven gerichtete Forderungen vorgelegt haben, und ob der Ministerpräsident gewillt sei, sie zu erfüllen. Der Ministerpräsident gab zu, daß über die bekannten Forderungen verhandelt worden sei, erklärte aber, daß bisher keine Entscheidung getroffen worden sei. Von Ungerechtigkeiten gegenüber einem Volksstamme könne hierbei selbstverständlich keine Rede sein. Die Abordnung betonte, daß jedwede Verfolgung ihres Volksstammes und einseitige Erfüllung der deutsch-bürgerlichen Forderungen auf den schärfsten Widerstand stoßen und den Bestand des Parlamentarismus in Frage stellen würde.

Eine katholische Volkspartei in Polen.

(K) **Prag.** Auf Anregung des Bischofes von Kielce hat sich hier eine Partei der Katholiken gebildet, mit dem Namen „Katholische Volkspartei"; eine Priesterkonferenz derselben Diözese hat das Programm derselben ebenfalls bereits durchberaten.

***

Berlin, 25. April. (W.T.B.) Mit der Leitung der bulgarischen Gesandtschaft in Berlin als Geschäftsträger ist nach dem Ableben des Gesandten Rizow seitens des bulgarischen Ministerpräsidenten Radoslawow Nikyphoroff betraut worden.

Kleines Feuilleton.

kf. Ein Panzerkraftwagen aus dem Jahre 1871.

Unter den Vorläufern des englischen Tanks, des Panzerkraftwagens, der in der Sommeschlacht zuerst in großen Scharen angewandt wurde, hat ein aus dem Jahre 1871 stammender besondere Bedeutung, denn die Franzosen hätten ihn beinahe im deutsch-französischen Kriege angewandt. Wie er aussah, wie er wirken sollte und was für Wunderdinge man sich von ihm versprach, berichtet Professor Walther Schultze in der bei der Deutschen Verlagsanstalt erscheinenden Wochenschrift Ueber Land und Meer, wobei er sich auf ein französisches Flugblatt aus dem März des Jahres 1871 stützt. Dieses Flugblatt, das die Oeffentlichkeit aufforderte, die nötigen Mittel zum Baue solcher Panzerkraftwagen aufzubringen, enthält eine Abbildung und eine genaue Beschreibung. Der Panzerkraftwagen ist danach 10 Meter lang, 1,70 Meter breit, 3,5 Meter hoch und sollte unbewaffnet 10 Tonnen wiegen. Als Triebkraft dient eine Dampfmaschine; das ganze Fahrzeug ist stark gepanzert, enthält Schießscharten für Gewehre und ist außerdem mit Mitrailleusen oder Kanonen verschiedenen Kalibers bewaffnet. „Es sind mit einem Worte wirkliche unverwundbare Festungen", so preist das Flugblatt die Erfindung an; der Erfinder nahm nämlich an, von den gewölbten Flächen müßten alle Geschosse abprallen. Auch die Bewaffnung der wandelnden Festung galt ihm als unverletzlich, denn nur in dem Augenblicke des Abschusses sollte die Rohrmündung freiliegen, während sich unmittelbar darauf ein eigentümliches, aus vier dreieckigen Platten zusammengesetztes schützendes Gebilde zu einem Sporn am Vorderteile der Festung zusammenschließen sollte. Sollte der Feind aber das Unmögliche wagen und einen Sturmangriff versuchen, so fängt das kegelförmige Dach des Turmes, das an seinem Grunde mit spitzen, schneidenden Klingen bewehrt ist, an, sich zu drehen, und was sich ihm nähert, wird niedergemäht oder weit zurückgeschleudert. Es versteht sich von selbst, daß der Panzerkraftwagen besonders breite Räder trug, vorwärts und rückwärts gehen, Wendungen aller Art ausführen und sich auch in unebenem Gelände bewegen konnte, ja es war sogar eine bewegliche Lattenbrücke vorhanden, die zum Ueberschreiten von Gräben ausgestreckt und nachher wieder eingezogen werden konnte. Die Leitung der Maschine, die „mit wunderbarer Geschwindigkeit und Genauigkeit dem ihr gegebenen Antriebe gehorcht", sollte in der Hand eines einzigen Mannes liegen; die Bewaffnung mußte natürlich besondere Bedienungsmannschaften haben. Der Erfinder dieses Panzerkraftwagens, ein Italiener namens J. Valbi, hatte seinen Plan bereits 1854 der französischen Regierung vorgelegt; er wurde abgelehnt. In Italien hatte er nicht mehr Glück und so wandte er sich am 6. September 1870 von neuem an die Franzosen. Trochu hatte keine Zeit auf den Plan einzugehen, doch fand Valbi Leute, die die Ausführung des Gedankens in die Hand nahmen, und tatsächlich stellte er eine große „Festung" zusammen und vollendete zwei kleinere zum großen Teile. Der Friedensschluß verhinderte die Anwendung. Allein das Flugblatt sieht die Anwendung der Panzerkraftwagen in dem Rachekrieg Frankreichs gegen Deutschland vor, der nach kurzem „Waffenstillstande" aufgenommen werden sollte.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 25. April: Josef Minet von hier, Schmied hier, mit Anna Gamber von Weschenreut; Josef Marz von Offenbach, Landwirt in Frankenthal, mit Anna Maria Bohne von Dörrenbach.

Todesfälle. 24. April: Regina Wilhermsdörfer, alt 71 Jahre, Witwe von Ferd. Wilhermsdörfer, Kaufmann; Klara Preisendanz, alt 16 Jahre, Lehrmädchen. — 25. April: Anna Killes, alt 19 Jahre, Verkäuferin.

Beerdigungszeit u. Trauerhaus erwachsener Verstorbener.

Freitag, 26. April. 10 Uhr: Marie Schabel, Händlers-Ehefrau, Waldhornstraße 52. — ¼11 Uhr: Klara Preisendanz, Lehrmädchen, Zähringerstraße 1. — ½12 Uhr: Hch. Burckhardt, Bäckermeister, Viktoriastraße 20. — 4 Uhr: Barbara Behringer, Schneiders-Witwe, Markgrafenstraße 40. — ½5 Uhr: Elise Enderes, Schuhmachermeisters-Witwe, Erbprinzenstraße 27. — 5 Uhr: Luise Blind, Schlossers-Witwe, Zähringerstraße 4. — ½6 Uhr: Jules Denis, franz. Sergeant, Kriegstraße 168.

Auswärtige Gestorbene.

Baden-Baden: Frau Maria Schmid geb. Franz. ✱ Furtwangen: Frau Sophie Göppert verwitw. Wälfle, 45 J. ✱ Hochemmingen: Johanna Kunz, Altwaldhüters-Witwe, 76 J. ✱ Hartheim (A. Staufen): Emilie Resch, 27 J. ✱ Herbolzheim (Breisgau): Joseph Bilharz, 76 J. ✱ Radolfzell: Frau Kreszentia Hügle Witwe geb. Senger. ✱ Boll (Amt Meßkirch): Mathä Hahn, Altratschreiber, 78 J. ✱ Stockingen: Hermann Strittmatter, Schlossermeister, 62 J. ✱ Neudingen: Frau Forstwart Maria Widmann geb. Huber, 57 J. ✱ Schollach: Frau Altbürgermeister Katharina Knöpfle, geb. Kleiser, 68 J. ✱ Mannheim: Frau Anna Weidner; Frau Anna Sauer Witwe, 73 J.

Hierzu

Sterne und Blumen Nr. 17.

Grossherz. Hoftheater.

Freitag, den 26. April. C 52 (graue Karten).

Der G'wissenswurm.

Bauernkomödie in drei Akten von L. Anzengruber.

Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Jugendverein für kathol. Mädchen Karlsruhe-St. Stephan.

Sonntag, den 28. April, abends 8 Uhr, wird im Kath. Gesellenhaus, Sofienstraße 58, das Schauspiel von Dr. Peter Dörfler

An der Gnadenstätte

mit Mädchenchören

aufgeführt. Die verehrlichen Eltern, Ehrenmitglieder und Freunde des Vereins ladet ergebenst ein

Der Vorstand: Burkard, Präses.

Bruchleidende

bedürfen kein sie schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist

Mein Spez.-Vertreter ist am Sonntag, den 28. April, mittags von 11 bis 2 Uhr, in Karlsruhe Gasthaus zum Albthal, beim Bahnhof, mit Muster vorerwähnter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Federbänder, neuesten Systems, in allen Preislagen anwesend. Muster in Gummi-, Hängeleib-, Leib- und Muttervorfall-Binden, wie auch Geradehalter und Krampfaderstrümpfe stehen zur Verfügung. Neben fachgemäßer versichere auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung.

Ph. Steuer Sohn, Bandagist u. Orthopädist, Konstanz in Baden, Wessenbergstraße 15. Tel. 515.

Lebensmittel-Verteilung.

Die Kartoffel-Marken C Nr. 84, für die Zeit vom 22. bis 28. April 1918, sowie D Nr. 84, für die Zeit vom 29 April bis 5. Mai 1918, werden mit je 15 Pfund Kartoffeln in den Lebensmittelgeschäften eingelöst.

Karlsruhe, den 24. April 1918. 1607

Städt. Kartoffelamt.

Daniels Konfektionshaus Karlsruhe, Wilhelmstr. 34.

Auf meiner Einkaufsreise hatte ich Gelegenheit grosse Posten

Seiden-Konfektion

sehr vorteilhaft zu erstehen und empfehle zu mässigen Preisen:

wasserdichte Seidenmäntel, Taffit- u. Eolienne-mäntel, Taffit- u. Seiden-Trikot-Jacken, Mantelkleider.

Jacken-Kleider, garnierte Kleider, Röcke, Blusen.

Ferner empfehle ich:

Damen- u. Backfischkleider aus Voile in weiss und farbig. Voile-Blusen in einfacher und feiner Ausführung. Keine Ladenspesen.

Preiswerte Waschstoffe

Voile bedruckt, moderne Muster	Mtr.	7.50	6.50
Batist bedruckt, aparte Muster	Mtr.	9.75	8.50
Batist gestickt, hell und dunkel	Mtr.	12.75	9.75
Batist weiss/bunt gestickt	Mtr.	8.75	7.50
Batist weiss gestreift	Mtr.	8.50	5.95
Voll-Voile weiss gestickt, 115 cm	Mtr.	14.50	12.50
Batist weiss gestickt, 115 cm, mit Borte für Kleider	Mtr.	16.50	14.50
Batist weiss/bunt gestickt, 110 cm	Mtr.	14.50	7.50
Voll-Voile gestickt, 115 cm, mod. Farben	Mtr.	11.95	10.50
Voile bedruckt, 115 cm, aparte Streifen und Tupfen	Mtr.	17.50	16.50
Batist weiss/bunt gestickt, 130 cm	Mtr.		19.50
Voll-Voile bedruckt, 130 cm	Mtr.		16.50
Voll-Voile weiss/bunt gestickt, 115 cm	Mtr.	19.75	13.75
Voll-Voile weiss und farbig gestickt mit Borte, 120 cm	Mtr.	23.00	19.75

Geschwister Knopf

Fußball.

Sonntag, 28. April 1918. Spielplatz des K. F. V. Phönix Karlsruhe I. und II gegen F.-C. Mühlburg I und II

Spielplatz in Durlach: F.-V. Beiertheim I. und II. gegen Germania Durlach I. und II.

Spielplatz V. f. B.: B. f. B. Gaggenau I. gegen Konkordia Karlsruhe I.

Beginn 1½ und 3 Uhr.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Harmonikas, kauft fortwährend An- u. Verkaufsgeschäft **Levy** Karlsruhe, Markgrafenstr. 22.

Städt. Arbeitsamt

Gesucht werden: Köchinnen für Privat, Mädchen für alles, Mädchen z. Anlernen sowie 3124 Stundenfrauen für häusliche Arbeiten, für sofort und später.

Städtisches Arbeitsamt Karlsruhe: **Hilfsdienstmeldestelle** Karlsruhe, Zähringerstr. 100 II.

Lehrmädchen und tüchtige **Zuarbeiterin** für sofort gesucht. 1608 M. Morlock, Karlsruhe Damenschneiderei Marienstraße 45, 2. Stock.

Drogerie Lang 1156 *Kaiserstr. 24.*

Gesucht in ein Pfarrhaus auf sofort oder 15. Mai tücht. **Mädchen** das kochen kann. 1603 Angebote an die Geschäftsstelle ds. Blattes unter Nr. 187.

In ein kath. Pfarrhaus wird eine **Haushälterin** gesucht, die in allen Haus- und Gartenarbeiten erfahren ist. 1602 Angebote sind zu richten an die Geschäftsstelle ds. Blattes unter Nr. 186.

Rasier-Klingen f. Sicherh.-App. werd. haarscharf geschliffen, Stück 10 Pf. Kaiserstraße 18 Laden Karlsruhe. 3140

Abgängige Tiere aller Art kauft Städt. Gartenamt Karlsruhe.

Trostbüchlein In unserm Verlag erschien: „Goldene Früchte aus blutiger Saat". Dem Andenken unserer Gefallenen gewidmet. Von Dr. M. Höhler, Domkapt. und Genvik., Limburg. Ein herrliches Trostbüchlein für alle Familien, in die durch den Krieg Trauer eingezogen ist. Preis 20 Pfg. 10 Stück 1.50 Mk., 50 Stück und mehr 12 Pfg Porto extra. Durch die Buchhandlungen od. direkt vom Verlage Kirchheim & Co. in Mainz.

Guterhaltener **Klapp-Sportwagen** zu kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Blattes unter Nr. 188. 1605

Tüchtiges Fräulein, welches die Handelsschule mit Erfolg besuchte, flott Maschinenschreib. und Stenographieren kann, **sucht Anfangsstelle** auf Büro. Angebote unter Nr. 183 an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten.

Soeben fertiggestellt:

Hinterlegungs-Scheine

nach den amtlichen Vorschriften

für Wertpapiere (II)

gemäß Bekanntmachung des Kathol. Oberstiftungsrates vom 20. März 1918 Nr. 5958 im Erzb. Anz.-Blatt Seite 29

ferner halten wir auf Lager Hinterlegungsscheine für

Reichskriegsanleihe

Hypothekenbestellung für Darlehen (1a)

Anlagen bei der Pfarrpfründekasse und bei Sparkassen (1b)

Vereinigung der Grund- und Unterpfandsbücher nach Gesetz vom 10. April 1898 (III)

sowie sämtliche übrigen

Vordrucke für Kirchenfonds, Kirchensteuer, Kirchengemeindevertretung u. Pfarrämter

stets auf den neuesten Stand ergänzt.

Badenia, A.-G. für Verlag u. Druckerei Karlsruhe.